

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
152 · Ausgabe CH · März 2015  
AZB 3001 Bern

SP

## «Die Schweiz hat eine Feminismus-Debatte bitter nötig»

Das sagt die Netzfeministin Anne Wizorek, die 2013 mit der Twitter-Kampagne #aufschrei in Deutschland eine solche Debatte ausgelöst hat. S. 2–4

### VELO-INITIATIVE

Die Förderung des Velo-Verkehrs gehört in die Verfassung. Jetzt die «Velo-Initiative» unterschreiben! S. 6

### EXPO 2015

Dank der SP wird an der Expo in Mailand statt Nestlé-Mineralwasser lokales Hahnenwasser ausgeschrieben. S. 13

**MIT DER TWITTER-KAMPAGNE #AUFSCHEI HAT ANNE WIZOREK VOR ZWEI JAHREN IN DEUTSCHLAND EINE FEMINISMUS-DEBATTE AUSGELÖST. LETZTEN MONAT WAR SIE FÜR EINE LESEREISE IN DER SCHWEIZ. «LINKS» HAT SIE ZUM GESPRÄCH GETROFFEN.**

# «Der heutige Feminismus beschäftigt sich mit allen Diskriminierungsformen»

**LINKS: Man hört immer wieder, es gebe hierzulande keine Geschlechterdebatte. Was ist Ihr Eindruck?**

Anne Wizorek: Das entspricht der Erfahrung, die ich auch gemacht habe: Es gibt in der Schweiz keine wirkliche Geschlechterdebatte. Es gibt auch keine Internetplattformen, durch die eine Diskussion angestossen werden könnte. An den Veranstaltungen, an denen ich während meines Schweiz-Besuchs teilnahm, habe ich aber gespürt: Die Debatte ist bitter nötig. Es ist ein riesiger Redebedarf vorhanden – man muss nur einen Raum dafür schaffen.

**Sie haben in Deutschland mit #aufschrei einen solchen Raum geschaffen. Wie haben Sie das angestellt?**

Es spielten verschiedene Faktoren zusammen: Die Debatte breitete sich über Twitter sehr schnell aus. In den klassischen Medien lief zudem zeitgleich eine Diskussion über anzügliche Äusserungen des FDP-Politikers Rainer Brüderle gegenüber einer «Stern»-Journalistin. Und weil Medien ja immer eine Erzählung brauchen, wurde behauptet, der Fall Brüderle habe die Twitter-Kampagne ausgelöst – was nicht stimmt.

**Es war also alles Zufall?**

Ja. Das Thema Sexismus im Alltag war in den Medien bereits vorhanden. Mit #aufschrei war dann eine kritische Masse erreicht und es gab eine landesweite Debatte.

**Musste der Funke für eine solche Debatte aus dem Netz kommen?**

Nicht unbedingt. Am Ende ist es einfach wichtig, die Menschen emotional anzusprechen. Sie müssen sich mit etwas identifizieren können. Wenn wir über strukturellen Sexismus sprechen, ist das wahnsinnig abstrakt. Sprechen wir wie bei #aufschrei über konkrete Alltagserlebnisse, wird das Ganze greifbar. Twitter hat zudem den Vorteil, dass die Diskussion durch die Begrenzung auf 140 Zeichen auf den Kern reduziert wird. Für die eigentliche Debatte ist Twitter aber nicht geeignet. Zum einen ist das Thema zu komplex, zum anderen erreicht man nicht alle Betroffenen. Dafür braucht es andere Plattformen und andere Medien.

**Hat #aufschrei die Feministin in Ihnen geweckt oder war die schon da?**

Die Feministin war schon wach. Ich habe mich schon vorher engagiert, habe Demos organisiert und schon länger zu diesen Themen gebloggt. Deshalb habe ich gewusst, dass in Deutschland normalerweise nicht so breit über solche Themen disku-

Interview  
Andrea  
Bauer

tiert wird. Als der Rummel um #aufschrei losging, habe ich mir gesagt: Ich stelle mich der öffentlichen Diskussion, denn das Thema ist mir zu wichtig, als dass ich mich jetzt einfach wieder zurückziehen könnte. Die Debatte wurde letztendlich auch nur so gross, weil ich, aber auch andere Frauen, ihr ein Gesicht gaben.

**Sie werden wegen Ihrer feministischen Meinungen oft angefeindet. Wie stecken Sie das weg?**

Dass sich Leute angegriffen fühlen, wenn Frauen Diskriminierung abschaffen wollen, ist nichts Neues. Ich weise immer wieder darauf hin, dass auch Beleidigungen, Belästigungen, Diffamierungen oder Drohungen Symptome von Sexismus sind. Oft werden Hasskommentare mit Meinungsfreiheit gerechtfertigt. Nur: Wessen Meinungsfreiheit wird denn hier beschränkt? Wenn jemand durch Hasskommentare abgeschreckt wird und sich nicht mehr äussert, ist das auch eine Einschränkung.

**Feminismus-Debatten finden in Deutschland vor allem im Internet statt. Hat der sogenannte Netzfeminismus den Anspruch, auch Leute zu mobilisieren, die nicht ständig online sind?**

Natürlich. Hinter dem Feminismus, der im Netz stattfindet, stecken ja Menschen. Wir verabreden uns auch offline oder machen Projekte zusammen. 2011 habe ich in Berlin den «Slutwalk», einen Protestmarsch gegen die Verharmlosung von Vergewaltigungen und für sexuelle Selbstbestimmung, organisiert. Ein grosser Teil der Mobilisierung geschah über Facebook-Gruppen oder Mailing-Listen. Gleichzeitig haben wir uns aber auch offline getroffen. Im besten Fall ergänzt sich das einfach immer.

**Ihr Buch trägt den Untertitel «Für einen Feminismus von heute». Wodurch unterscheidet sich der neue Feminismus vom alten – vor allem durch das Internet?**

Das Internet ist als Werkzeug sehr wichtig geworden. Durch die feministischen Blogs und die sozialen Medien ist der Feminismus ausserdem sehr vernetzt und sehr international. Das eröffnet neue Perspektiven.

**Zum Beispiel?**

Der heutige Feminismus beschäftigt sich nicht nur mit dem Sexismus als Diskriminierungsform, sondern mit allen Formen der Diskriminierung. Er stellt Fragen wie: Wie wird eine Frau zusätzlich diskriminiert, wenn sie eine Muslimin ist und ein Kopftuch trägt? Und wie, wenn sie dazu noch lesbisch ist?



Anne Wizorek, 33, ist selbstständige Beraterin für digitale Medien, Bloggerin und Autorin in Berlin. Sie ist Initiatorin des Hashtags (= Verschlagwortung auf Twitter) #aufschrei, unter dem im Januar 2013 Tausende von Frauen ihre Erlebnisse mit Alltagssexismus austauschten und der in Deutschland zu einer riesigen Debatte führte. #aufschrei wurde als erster Hashtag mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet. Letzten Herbst erschien Wizoreks Buch «Weil ein #aufschrei nicht reicht: Für einen Feminismus von heute».

«Ich will den Männern klarmachen: Ihr habt genauso eine Verantwortung wie wir.»

Am Ende kann eine Gesellschaft nur gerecht sein, wenn auch die anderen Diskriminierungsformen wie Rassismus oder Homophobie beseitigt werden. Zudem sollten wir immer wieder darauf hinweisen, dass das ganze Mantra von wegen «Du kannst alles werden, was du nur willst, du musst dich nur genügend anstrengen» Quatsch ist.

**In Ihrem Buch bezeichnen Sie Ihre Mutter als feministisches Vorbild. Vertritt sie nicht den «alten» Feminismus?**

Überhaupt nicht. Das kommt auch daher, dass wir in Ostdeutschland, wo ich aufgewachsen bin, gar keine klassische Frauenbewegung hatten. Meine Mutter würde sich wahrscheinlich bis heute nicht als Feministin bezeichnen, aber sie vertritt die feministischen Werte. Das hat mich geprägt. Genauso wie die Tatsache, dass sie ganz normal arbeiten gegangen ist. Erst mit dem Fall der Mauer habe ich gemerkt: Das ist gar nicht so selbstverständlich, wie ich es erfahren habe. Plötzlich habe ich festgestellt, dass es im Westen Frauen gibt, die Hausfrauen sind – aber nicht, weil sie in Rente sind, sondern damit sie ihrem Mann den Rücken frei halten können. Dieses Konzept kannte ich nicht.

**Wie reagieren ältere Feministinnen auf Sie?**

Unterschiedlich. Die meisten sind froh, dass jemand am Ball bleibt. Viele haben den Eindruck, speziell jüngere Frauen würden sich heute nicht mehr politisch engagieren oder hätten das Gefühl, es sei doch schon alles erreicht. Es ist mir wichtig, mich mit den älteren Generationen auszutauschen, weil ich glaube, dass wir voneinander wahnsinnig viel lernen können. Und wir sollten schauen, wie wir uns ergänzen können.

**In Ihrem Buch geben Sie den Männern Tipps, wie sie sich zu Verbündeten der Frauen machen können. Müssten sich Frauen und Männer nicht vielmehr gemeinsam für eine gerechte Gesellschaft starkmachen?**

Klar. Nur betrachtet die Gesellschaft Diskriminierung immer noch als Problem der Frauen. Und die Tatsache, dass Frauen in unserer Gesellschaft noch mehr Nachteile haben, führt dazu, dass vor allem sie sich engagieren. Ich will den Männern klarmachen: Ihr habt genauso eine Verantwortung wie wir. Ihr habt mehr Vorteile von der Gesellschaft, wie sie heute ist, das heisst aber nicht, dass ihr sie so belassen solltet. Wenn wir uns von der patriarchalen Gesellschaft lösen können, habt auch ihr etwas davon.

**Wie reagieren die Männer darauf?**

Gerade eben hat mir ein Journalist gesagt, er habe durchaus einige Erkenntnisse aus meinem Buch gewonnen, was ihn aber störe, sei die kollektive Verurteilung der Männer. Er sei doch gar nicht so. Mir ist bewusst, dass nicht alle Männer «so» sind, das zeigt schon mein persönliches Umfeld. Gleichwohl profitieren sie aber alle davon, dass unsere Gesellschaft so aufgebaut ist, wie sie es ist. Wichtig ist, dass wir uns dessen bewusst sind und versuchen uns davon loszumachen. Das ist die Voraussetzung für eine Gesellschaft, die frei von Vorurteilen gegenüber Geschlecht, sexueller Identität oder Hautfarbe ist.

Netzfeminismus für Einsteigerinnen und Einsteiger  
<http://kleinerdrei.org/>  
<http://maedchenmannschaft.net/>  
<http://maedchenblog.blogspot.de/>



## AM 7. MÄRZ ALLE NACH BERN

In der Schweiz verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit immer noch 20 Prozent weniger als ihre Kollegen. Jedes Jahr entgehen den Frauen einzig aufgrund ihres Geschlechts 7,7 Milliarden Franken. Wir fordern die rasche und konsequente Umsetzung der Lohngleichheit mit Kontrollen!

Es braucht Lohngleichheit jetzt, weil

- sie in der Bundesverfassung und im Gleichstellungsgesetz steht
- finanzielle Unabhängigkeit für Frauen entscheidend ist
- sie die Erwerbsarbeit der Frauen stärkt
- sie zu fairen Renten für die Frauen führt
- sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert
- sie ein Schritt hin zu einer fairen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist und somit zur Gleichstellung von Frauen und Männern beiträgt.

Ein breites Bündnis fordert zur Grossdemonstration auf. Mit dabei sind neben der SP Frauen, der SP und der JUSO, die GewerkschafterInnen von SGB und Travail.suisse und die grossen Frauenverbände.

2015 soll ein Schlüsseljahr für die Lohngleichheit werden. Das aber kann nur gelingen, wenn am 7. März möglichst viele und möglichst entschlossene Frauen und Männer fordern: Lohngleichheit jetzt!

Treffpunkt 13.30 Schützenmatte Bern  
 Abschlusskundgebung auf dem Bundesplatz

Extrazüge (Hin- und Rückfahrt ist gratis)

ab Zürich 11.19 Uhr/Gleis 17  
 ab Baden 11.36 Uhr  
 ab Aarau 12 Uhr  
 ab Olten 12.11 Uhr  
 ab Genf 10.39 Uhr/Gleis 6  
 ab Nyon 10.53 Uhr  
 ab Lausanne 11.15 Uhr  
 ab Freiburg 12 Uhr

[www.7maerz2015.ch](http://www.7maerz2015.ch)



# Unsere Wahlplattform

**AM 14. FEBRUAR HAT DER PARTEITAG DIE WAHLPLATTFORM DISKUTIERT UND VERABSCHIEDET. MIT IHR WOLLEN WIR DEN WÄHLERINNEN UND WÄHLERN AUFZEIGEN, WELCHE WERTE UNS PRÄGEN, WELCHE GESELLSCHAFT WIR WOLLEN UND WELCHE KONKRETE ANTWORTEN AUF REALE BEDÜRFNISSE WIR GEBEN.**

**Präambel** Die Schweiz ist dann stark, wenn es allen gut geht – und nicht nur ein paar wenigen. Jede Einwohnerin, jeder Einwohner dieses Landes hat ein Recht auf Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Wenn es allen gut geht, geht es allen besser. In der Schweiz. In Europa. Auf der ganzen Welt.

Weltweit wird die Schweiz anerkannt als Hüterin von Frieden, Sicherheit und Stabilität. Das ist ganz wesentlich ein Verdienst der SP, die seit 125 Jahren für Gerechtigkeit kämpft in unserem Land.

Diesen Errungenschaften droht Gefahr von rechts. Eine Clique von Superreichen und Neoliberalen hat es sich zum Ziel gesetzt, die Schweiz, wie wir sie kennen, zu demontieren. Diese Geldaristokratie akzeptiert nur ein Gesetz: das Recht des Stärkeren. Deshalb macht sie unseren Staat lächerlich. Deshalb untergräbt sie unsere Demokratie. Und deshalb kämpft sie gegen Europa und treibt unser Land international in die Isolation.

Die Schweiz ist aber keine Insel. Wir brauchen und wollen gute Beziehungen zu Europa. Alle Menschen in unserem Land sind heute eng vernetzt mit Europa. Das ist eine Tatsache. Und eines dürfen wir erst

recht nicht vergessen: Die europäische Integration ist ein grosses Friedenswerk.

Nicht nur Europa, auch internationale Gremien stärken Frieden und Gerechtigkeit in der ganzen Welt. Die SP setzt sich für eine aktive Rolle der Schweiz in der Welt ein, damit die Menschenrechte überall respektiert werden, die Entwicklungschancen überall gegeben sind und soziale Gerechtigkeit weltweit wächst. Deswegen engagieren wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns tagtäglich für eine solidarische, gerechte und offene Gesellschaft. Wir verteidigen den Sozialstaat und die humanitäre Tradition unseres Landes und wir entwickeln sie weiter. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen Platz hat und über seine Lebensverhältnisse bestimmen kann – sei es in Wahlen und Abstimmungen oder im Betrieb. Wir kämpfen für Demokratie in sämtlichen Lebensbereichen, für sichere Renten, faire Löhne, echte Gleichstellung und bezahlbaren Wohnraum. Denn wahrer Fortschritt hat das Ziel, allen Menschen – egal welcher Herkunft – ein selbstbestimmtes, gutes Leben in und mit der Gesellschaft zu ermöglichen.

## 10 Projekte für eine gerechte, offene und solidarische Gesellschaft

- 1** Lohngleichheit mit verbindlichen Vorgaben und flächendeckenden Gesamtarbeitsverträgen durchsetzen.
- 2** Mindestquoten für gemeinnützigen Wohnraum garantieren bezahlbare Wohnungen für alle.
- 3** Die Erhöhung der Renten um zehn Prozent gewährleistet ein Alter in Würde.
- 4** Ein ausgebauter Kündigungsschutz bewahrt ältere Arbeitnehmende vor Langzeitarbeitslosigkeit.
- 5** Die Börsensteuer stoppt unsinnige Spekulationen und stabilisiert den Finanzmarkt.
- 6** Die flächendeckende Einführung von Kitas und kostenlosen Tagesschulen führt zu mehr Chancengerechtigkeit.
- 7** Kindergutschriften sorgen für eine echte Entlastung der Familien.
- 8** Krankenkassenprämien dürfen höchstens 10 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen.
- 9** Eine verkehrsberuhigte Begegnungszone in jeder Agglomerationsgemeinde für mehr Lebensqualität für alle.
- 10** Ein rascher und verbindlicher Atomausstieg ermöglicht eine erfolgreiche und erneuerbare Energiezukunft.

Die Wahlplattform (12 Seiten) lesen und herunterladen: [www.spschweiz.ch/wahlplattform](http://www.spschweiz.ch/wahlplattform)

## STAND PUNKT



Lieber Philipp Müller  
Zunächst einmal ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie in den Sonntagsmedien ganzseitige Inserate zu unserem Parteitag geschaltet haben. Die SP kann sich im Gegensatz zur FDP keine Inserate für rund 100 000 Franken leisten, aber dank Ihnen weiss jetzt die ganze Schweiz, dass wir unsere Wahlplattform verabschiedet haben. Chapeau!

Inhaltlich sind wir – das wird Sie nicht überraschen – meilenweit voneinander entfernt. Lassen Sie mich das reaktionäre, in jeder Hinsicht einseitige, neoliberale FDP-Pamphlet in einem Satz zusammenfassen: Die Wirtschaft hat das Primat, ihr ist alles zu unterwerfen. Dieser schon fast irre Glaube an die angeblich nach Naturgesetzen handelnde und denkende freie Marktwirtschaft durchdringt jeden Satz Ihres ideologischen Manifestes. Absurd sei es, in die Politik der SNB hineinzureden! Die Unternehmen dürften nicht in ein Korsett gezwängt werden! Politik habe nur eine Aufgabe: die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern!

Wirklich: Uns trennen Welten. Zum Glück. Mich fasziniert immer wieder, was Menschen mit einem solch geringschätzenden Verständnis von Politik in der Politik tun. Sind sie reine Zudiener der Wirtschaftselite? Claqueure der zunehmenden Vermögensungleichheit? Wasserträger für das Finanzkapital?

Lassen Sie mich Ihnen – um den Unterschied ganz deutlich zu machen – drei Sachen mit ins Wahljahr geben:  
Doch, wir haben den Anspruch, dass unsere Politikerinnen und Politiker in allen Bereichen tätig werden und gestalten, also auch in Ihrer Tabuzone Wirtschaft. Wir sind überzeugt davon, dass Wirtschaft als wesentlicher Teil der Gesellschaft nicht den Kapitalinteressen ausgeliefert sein darf, sondern durch demokratische Politik gestaltet werden muss. Demokratie lässt sich nur ganz oder gar nicht denken.

Regulieren heisst Politik machen. Und der Staat, das sind tatsächlich wir – Menschen, eine Gesellschaft. Ihr Pakt der Deregulierung ist nichts anderes als ein Anti-Politik- und Anti-Gesellschafts-Programm. Gemeinsinn adieu!

Und selbst wenn es abgedroschen klingt: Wir wollen eine Wirtschaft, die im Dienst der Menschen steht und nicht umgekehrt. Dafür stehen wir ein, unverdrossen.

Es grüsst Sie  
Leyla Gül

# Mehr Velo in Alltag und Freizeit

**ERSTELLUNG UND PFLEGE EINES SICHEREN FUSS- UND WANDERWEGNETZES STEHEN SEIT ÜBER 35 JAHREN IN DER VERFASSUNG. DESHALB IST UNSER WANDERWEGNETZ VORBILDICHT ANGELEGT UND GUT UNTERHALTEN. DIESEM BEISPIEL SOLL DER BUND NUN AUCH IN SACHEN VELO FOLGEN, DAS FORDERT DIE VELO-INITIATIVE, DIE AUCH VON DER SP UNTERSTÜTZT WIRD.**



Thomas Hardegger,  
Nationalrat ZH und Präsident  
Fussverkehr Schweiz

Das Velo ist in der Stadt, in der Agglomeration und im Dorf meist das schnellste und günstigste Verkehrsmittel. Bei engen Verhältnissen wird dem Fuss- und Veloverkehr aber oft noch zu wenig Raum zugestanden, sodass die Wege weder direkt noch sicher sind. Nicht selten werden die Velofahrerinnen und Velofahrer aufs Trottoir gedrängt, das aber dem Fussverkehr gehört. So fühlen sich viele Menschen beim Velofahren unsicher und haben Angst vor Unfällen. Sie verzichten deshalb aufs Fahrrad – schade! Darum muss das Velofahren sicherer und attraktiver werden. Velofahren und zu Fuss gehen hält uns fit und gibt gute Laune – es ist gesund.

## Mehr sanfter Verkehr

Die Förderung von Velo- und Fussverkehr nützt allen. So sparen wir als Versicherte und als Steuerzahlende auch Gesundheits- und Unfallkosten. Der Anteil des Fuss- und Veloverkehrs im Alltag muss dafür aber markant gesteigert werden.

Voraussetzung dazu sind bequeme, direkte und vor allem sichere Velo- und Fusswegverbindungen. Mehr Fuss- und Veloverkehr auch für den Arbeits- oder Schulweg, den Einkauf oder in der Freizeit entlastet die Verkehrsinfrastrukturen, sowohl die Strasse wie den öffentlichen Verkehr. Dazu vermindert sich die Luft- und Lärmbelastung und die kostbare Fläche in unseren dicht bebauten Räumen wird effizienter genutzt.

Immer weniger Kinder fahren Velo, viele Schulverantwortliche sind deswegen aufgeschreckt und suchen nach Mitteln und Wegen, das Velofahren zu fördern. Kinder und Jugendliche lieben doch die Bewegung und würden noch so gerne Velo fahren. Kinder brauchen aber sichere und attraktive Strassen und Plätze – überhaupt mehr verkehrsberuhigte, kinderfreundliche Strassen und Quartiere. Deshalb soll der Bund die Kantone anhalten, das Velofahren für die ganze Bevölkerung attraktiver zu machen, im Alltag und in der Freizeit.

Die SP Schweiz hat am Parteitag in Martigny die Unterstützung der Velo-Initiative beschlossen, auch als Mitglied im Trägerverein der Initiative. In der Wahlplattform 2015 setzt sich die SP Schweiz in Projekt 9 mit einer umweltgerechten Mobilität auseinander. «Diesen (Verkehrs-) Problemen begegnen wir nicht mit neuen Strassen, sondern mit einem attraktiven und gut ausgebauten ÖV-Netz. Damit wird öffentlicher Raum in den Zentren und Agglomerationen wieder frei für den Fuss- und Veloverkehr, für Begegnungen und Gespräche. So können sich alle sicher bewegen und wohl fühlen, die Luftqualität wird erhöht und die Lärmemissionen werden reduziert – das heisst: mehr Lebensqualität für alle.» Sammelaktionen für die Velo-Initiative eignen sich ausgezeichnet als Mobilisierungsmittel im Wahlkampf für die Sektionen, in den Gemeinden und Quartieren. Die Unterschriftenbogen können unter [www.velo-initiative.ch/downloads](http://www.velo-initiative.ch/downloads) heruntergeladen werden.



## DIE VELO-INITIATIVE

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 88 Fuss-, Wander- und Velowege

<sup>1</sup> Der Bund legt Grundsätze über Fuss- und Wanderwegnetze und über Netze für den Alltags- und Freizeit-Veloverkehr fest.

<sup>2</sup> Er fördert und koordiniert Massnahmen der Kantone und Dritter zur Anlage, Erhaltung und Kommunikation attraktiver und sicherer Netze; dabei wahrt er die Zuständigkeiten der Kantone.

<sup>3</sup> Er nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf solche Netze. Muss er dazugehörige Wege aufheben, so ersetzt er sie.

[www.velo-initiative.ch](http://www.velo-initiative.ch)

Träger-Organisationen: Pro Velo Schweiz, Verkehrs-Club der Schweiz VCS, Fussverkehr Schweiz, Schweizer Wanderwege, umverkehr, Swiss Cycling, Verlag Velojournal, Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, WWF Schweiz, Velosuisse, Schweizerische Energiestiftung SES, Verein Freipass, Grüne Partei der Schweiz, SP Schweiz, Grünliberale Partei der Schweiz glp, Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP, JUSO Schweiz, Junge Grüne.

# Mit der Gesundheit wird nicht gespielt!

**IMMER HÄUFIGER WOLLEN BÜRGERLICHE ÖFFENTLICHE SPITÄLER PRIVATISIEREN. FREIER MARKT UND WETTBEWERB HABEN IM GESUNDHEITSWESEN ABER NICHTS ZU SUCHEN, WEIL SIE DAS RECHT, GESUND ZU SEIN, NICHT ALLEN MENSCHEN GLEICHERMASSEN ZUGESTEHEN.**

Wie wertvoll und verletzlich die eigene Gesundheit ist, realisiert man oft erst, wenn man krank wird oder verunfallt. Dann möchte man, dass alles getan wird, damit man wieder gesund wird. Diesen Wunsch teilen Wohlhabende und arme Menschen – deshalb sollen alle dasselbe Recht auf eine gute Behandlung haben.

## Ausverkauf der Gesundheit

Doch dieses Recht wird durch Privatisierungspläne schweizweit in Frage gestellt, die seit Einführung der neuen Spitalfinanzierung 2012 Aufwind bekommen haben. Die Einführung der Fallkostenpauschalen (DRG), der freien Spitalwahl und der Spitallisten, mit denen öffentliche und private Spitäler dieselben rechtlichen Rahmenbedingungen erhielten, haben zu mehr Wettbewerb und zu einem Kampf um die lukrativsten Fälle geführt. Dies war von der bürgerlichen Mehrheit beabsichtigt – nimmt sie doch die neue Spitalfinanzierung zum Anlass, um die öffentliche Hand zurückzudrängen und die Umwandlung von Spitälern in privatrechtliche AGs und den Verkauf an Konzerne voranzutreiben.

## Das Beispiel Winterthur

Bei der Umwandlung in AGs geht es nicht um einen Abbau von Interessenskonflikten, mehr Freiheit, Effizienz und Flexibilität, sondern um den Verkauf an Dritte. Das zeigen Beispiele wie die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur (ZH): Nach der Umwandlung in eine AG

sollen bis zu 49 Prozent aller Aktien an Private veräussert werden dürfen. Erst bei einem geplanten Verkauf der Aktienmehrheit sollen der Kantonsrat und das Stimmvolk mitentscheiden dürfen. Bereits erfolgte Privatisierungen wie im Fall des Spitals La Providence (NE), das an den Spitalkonzern Genolier verkauft wurde, lassen nichts Gutes erahnen. Um Gewinne für die Aktionärinnen und Aktionäre zu erzielen, wird beim Personal gespart. Und auch ein geplantes Public-Private-Partnership-Projekt zwischen Genolier und dem öffentlichen Spital in Lugano im Bereich der Geburtshilfe und Gynäkologie wirft viele Fragen auf.

## Gewinne privat, Verluste dem Staat

Freier Markt und Wettbewerb haben im Gesundheitswesen nichts zu suchen, weil sie das Recht auf eine gute Behandlung – und damit das Recht, gesund zu sein – nicht allen Menschen gleichermassen zugestehen. Bei einer Privatisierung, aber auch bei Teilprivatisierungen oder Auslagerungen von prestigeträchtigen Bereichen gewinnen die Spitäler, die sich die lukrativsten Spezialgebiete und Fälle sichern können. Weniger attraktive Bereiche und die Versorgung randständiger, psychisch angeschlagener oder schwerkranker Patientinnen und Patienten bleiben auf der Strecke. Die öffentliche Hand müsste für die unrentablen Angebote aufkommen, während sich die privaten Spitäler bereichern. Im schlimmsten Fall müsste sie ein pri-



Marina Carobbio Guscetti,  
Nationalrätin TI

vatisiertes Spital vor dem Konkurs retten. Auch bei Public-Private-Partnership-Projekten trägt die öffentliche Hand das Risiko, wenn sich Private zurückziehen oder ihre Immobilien verkaufen wollen. Schliesslich hat sie den verfassungsmässigen Auftrag, eine ausreichende Gesundheitsversorgung zu garantieren. Wir müssen bezahlen, verlieren aber die demokratische Kontrolle über unser Gesundheitswesen.

## Gesundheitsversorgung ist Teil des Service public

Nur wenn die Gesundheitsversorgung als wichtiger Pfeiler des Service public in der öffentlichen Hand bleibt, können wir eine gute Versorgung für alle, mehr Kooperation statt Konkurrenz, eine solidarische Finanzierung und gute Arbeitsbedingungen garantieren. Auf Herausforderungen in der Spitalversorgung darf nicht mit Privatisierung, sondern muss mit mehr Demokratie geantwortet werden. So bestehen zum Beispiel bereits heute erfolgreiche Kooperationen zwischen öffentlichen Spitälern, welche die Qualität in den Vordergrund stellen.

Dass mit der Gesundheit der Menschen nicht gespielt wird, ist nicht zuletzt auch ein Gebot der Solidarität: Reiche Menschen können sich die bestmögliche Behandlung auch von privatisierten Spitälern erkaufen. Die Mehrheit der Menschen kann das nicht. Auch sie sollen aber das Recht haben, gesund zu sein oder wieder gesund zu werden.



Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer im Gespräch mit Botschafter Tim Guldemann und Sigmар Gabriel, Vorsitzender der SPD

# Zu Gast im Willy-Brandt-Haus

**DER AUSTAUSCH MIT EUROPÄISCHEN SCHWESTERPARTEIEN WIRD IMMER WICHTIGER – DARUM HAT EINE 12-KÖPFIGE FRAKTIONSDELEGATION ENDE JANUAR DIE DEUTSCHEN GENOSSINNEN UND GENOSSEN IN BERLIN BESUCHT.**

Er habe allen grossen Parteien im Bundeshaus Treffen mit ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen angeboten, aber nur die SP – seine eigene Partei – sei darauf eingestiegen. Mit diesen Worten stellte der abtretende Botschafter Tim Guldemann in der Berliner Residenz seinen Parteipräsidenten Christian Levrat den anwesenden Gästen vor. Gekommen waren SPD-Chef Sigmар Gabriel, der frühere Parteichef Kurt Beck, eine grosse Delegation des deutschen Bundestages sowie eine ganze Reihe weiterer Prominenz der deutschen Sozialdemokratie. Der Abend, eröffnet mit einer Rede von Christian Levrat über Personen-

Stefan Hostettler ist Leiter der politischen Abteilung der SP Schweiz

freizügigkeit und Migration, bildete einen der Höhepunkte des zweitägigen Arbeitsbesuchs bei der deutschen Schwesterpartei.

## Kontakte knüpfen

Zwar kommt es im Rahmen der europäischen Sozialdemokratie immer wieder zu punktuellen Gesprächsgelegenheiten mit den deutschen Genossinnen und Genossen, aber nun sollte einmal deutlich mehr Zeit für vertiefte Diskussionen zur Verfügung stehen und das Beziehungsnetz auch für spätere Kontakte geknüpft werden – sowohl zwischen den Parlamentsfraktionen als auch zwischen den Parteisekretariaten.

Den guten Beziehungen «unseres» Botschafters war es dann zu verdanken, dass sich während 48 Stunden ein spannendes Gespräch ans nächste reihte: sei es mit dem fast kompletten Fraktionspräsidium, dem Finanzausschuss des Bundestags, der Spitze der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Parteisekretariat, oder der Familien-, Frauen- und Jugendministerin Manuela Schwesig. Wer wie Aussenminister Frank-Walter Steinmeier wegen einer übervollen Agenda nicht für ein längeres Treffen zur Verfügung stehen konnte, bemühte sich zumindest um einen kurzen Austausch zwischen zwei Sitzungen; im wahrsten Sinne des Wortes zwischen Tür und Angel.

## Gleiche Projekte, anderes Budget

An heissen Themen, durchaus auch kontrovers diskutiert, fehlt es dieser Tage ja nicht: die neue Regierung in Griechenland, die unsichere Situation in der Ostukraine oder die umstrittene Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die SNB, die übrigens auch verschiedene deutsche Kommunen in die Bredouille brachte. Vermeintlich clevere Finanzvorsteher meinten vom noch tieferen Zinsniveau profitieren zu können und wurden mit einem massiven Währungsverlust bestraft.

Wenig überraschend, sind die sozialdemokratischen Projekte bei beiden Parteien quasi identisch: mehr soziale Gerechtigkeit, Lohngleichheit oder Steuern auf Finanztransaktionen. Anderes wiederum wirkt im Vergleich mit Schweizer Verhältnissen übergross: die Stäbe in Partei und Fraktion, das Parlamentsgebäude oder die finanziellen Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung.

Was bleibt zurück nach zwei reich intensiven Tagen in der Politikzentrale der deutschen Schwesterpartei? Viele wertvolle Erkenntnisse für die tägliche Arbeit, noch mehr Visitenkarten, noch mehr Willy-Brandt-Bücher und die grosse Lust auf weitere Kontakte mit Genossinnen und Genossen in Paris, Wien, Rom und anderswo.

Der Autor dieses Beitrags, Stefan Hostettler, für viele auch einfach nur «Hoschi», wird das Generalsekretariat der SP Schweiz auf Ende März verlassen. Stefan hat in seiner Funktion als stellvertretender Generalsekretär und de facto Chefökonom die wirtschaftspolitische Arbeit der SP in den vergangenen Jahren wesentlich mitgeprägt. Als Leiter der Abteilung Politik hat er zusammen mit seinem Team die politische Arbeit der Fraktion gestützt. Mit Leidenschaft und politischem Gespür hat er seine Fachkenntnisse und sein breites Netzwerk für die SP eingesetzt, und dafür danken wir ihm herzlich. Wir werden dich vermissen, Stefan – dein Wissen, deine Erfahrung, aber auch deinen Humor, deine Ausdauer und deinen Optimismus. Wir wiederum sind optimistisch, dass du dich auch in deinem neuen Job in der Unternehmenskommunikation nicht ganz von der SP abwenden wirst – alles andere würde uns überraschen. Merci für die gute Zeit und alles Gute!  
Flavia Wasserfallen und Leyla Gül, Co-Generalsekretärinnen

DIFFERENT PEOPLE. SAME RIGHTS. ONE SYMBOL.

Tawakkul Karman, Nobel Peace Prize Laureate 2011

**DIE BEDEUTUNG DER MENSCHENRECHTE IN UNSEREM RECHTS-SYSTEM STEHT IM FOKUS DER POLITISCHEN DEBATTE. GRUND GENUG, SICH FUNDIERT DAMIT AUSEINANDERSZETZEN. DIES NICHT NUR AN DIESER STELLE, SONDERN AUCH IM RAHMEN EINER VERANSTALTUNG VON SP BS UND SP BL (SIEHE KASTEN).**

## Die Menschenrechte: unteilbar – persönlich – universell

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag Europa in Trümmern. Die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten hatte zur Unterdrückung und Vernichtung von Millionen von Menschen geführt. Bereits während des Krieges war deshalb die Einsicht gewachsen, dass der Schutz des Individuums vor staatlicher Willkür und Gewalt und damit die Garantie der Menschenrechte zu einem Eckpfeiler der Nachkriegsordnung werden müssten.

1949 gründeten zehn westeuropäische Länder den Europarat, der schon bald mit der Ausarbeitung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) begann. Diese lehnte sich an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 an. 1953 trat die EMRK in Kraft. Heute ist die EMRK in 47 europäischen Staaten rechtlich verbindlich. Sie schützt damit die Menschenrechte und Grundfreiheiten von über 800 Millionen Menschen. Damit dieser Schutz nicht nur auf dem Papier steht, hat jede Person, die in ihren EMRK-Rechten verletzt worden ist, das Recht, bei einem innerstaatlichen Gericht Beschwerde einzureichen. Weil nationale Gerichte aber manchmal versagen, wurde zusätzlich ein Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte geschaffen.

### Die EMRK und die Schweiz

Nur Staaten, die Mitglied des Europarates sind, können die EMRK ratifizieren. Die Schweiz verzichtete nach der Gründung des Europarates auf einen Beitritt. Weil der Eu-

roparat von den westeuropäischen Gründungsmitgliedern als Instrument gegen die Ausbreitung des Kommunismus in Europa verstanden wurde, befürchtete der Bundesrat, ein Beitritt würde die schweizerische Neutralität schwächen. Zudem zweifelte die Schweiz an der Nützlichkeit des Europarats für die eigenen wirtschafts- und europapolitischen Interessen. Die Europarats-kritische Stimmung in der Schweiz änderte sich erst gegen Ende der 1950er-Jahre. Im Mai 1963 trat die Schweiz schliesslich dem Europarat bei. Damit kam auch die Frage nach einer Ratifikation der EMRK auf.

Der Bundesrat sprach sich jedoch unter anderem aufgrund des fehlenden Stimm- und Wahlrechts der Frauen gegen einen gleichzeitigen Beitritt zur EMRK aus.

Nachdem 1971 das Frauenstimmrecht geschaffen und 1973 die konfessionellen Ausnahmeartikel aus der Bundesverfassung eliminiert waren, stand einer Ratifikation der EMRK nichts mehr im Wege und die Schweiz hinterlegte am 28. November 1974 die Ratifikationsurkunde.

### Die Entwicklung des Rechtssystems durch die EMRK

Die EMRK verhalf nicht nur einzelnen Menschen zu ihrem Recht, sondern bewirkte auch positive Veränderungen im schweizerischen Rechtssystem. Zum Beispiel wurden die Verfahrensrechte von Angeklagten im Strafverfahren vielfältig gestärkt, die Rechte von

Patienten wurden verbessert, die Angemessenheit von Ausschaffungen wurde verschiedentlich kritisch hinterfragt und die freie Wahl des Familiennamens wurde durch ein Urteil aus Strassburg initiiert.

Auch die EMRK hat sich im Lauf der Zeit weiterentwickelt. Einerseits stellte sich heraus, dass gewisse unbestrittene Menschenrechte in der EMRK nicht enthalten sind. Sie wurden in einer Reihe von Zusatzprotokollen verankert, deren Ratifikation den Vertragsstaaten freisteht. Die Schweiz hat u. a. die Zusatzprotokolle Nr. 6 (Abschaffung der Todesstrafe in Friedens- und Kriegszeiten) ratifiziert.

Zusammenzug aus der Broschüre «Die EMRK und ihre Bedeutung für die Schweiz», Schweiz. Kompetenzzentrum für Menschenrechte und Zentrum für Menschenrechtsbildung PH Luzern

**«Die Menschenrechte: unteilbar – persönlich – universell?»**, Mi, 15. April, 19 Uhr, Grossratsaal Basel  
Die SP Basel-Stadt und die SP Baselland laden herzlich ein zur öffentlichen Veranstaltung über die Menschenrechte. In zwei Referaten (Georg Kreis, Historiker, und Maya Hertig, Direktorin des Dep. für öffentl. Recht an der Universität Genf) wird die Europäische Menschenrechtskonvention geschichtlich eingeordnet und ihre Bedeutung für die Schweizer Rechtsordnung aufgezeigt. Es bleibt dabei auch Platz für Fragen und Diskussionen. Anschliessend wird ein Apéro offeriert.



REFERENDUM UND INITIATIVE GEGEN DIE KÜRZUNG BEI DEN PRÄMIENVERBILLIGUNGEN SP UND JUSO SAMMELN WIEDER UNTERSCHRIFTEN. UM DEN UNSOZIALEN ABBAU RÜCKGÄNGIG ZU MACHEN, LANCIERT DAS KOMITEE «BEWÄHRTE PRÄMIENVERBILLIGUNGEN» IM MÄRZ 2015 PARALLEL ZUM REFERENDUM DIE INITIATIVE «JA ZU DEN BEWÄHRTEN PRÄMIENVERBILLIGUNGEN – FÜR FAMILIEN UND MITTELSTAND».

# Unsoziale Sparentscheide rückgängig machen!



Andrea Lüthi,  
Grossrätin,  
Burgdorf

Der Kanton Bern hat schweizweit die zweitgrösste Krankenkassenprämienbelastung. Die Prämien verschlingen oftmals mehr als 13 Prozent des Haushaltseinkommens. Die Prämienverbilligungen sind ein bewährtes Instrument, um Mittelstand und ärmere Haushalte zu entlasten. Auch die SP Schweiz fordert in ihrer Wahlplattform, dass Krankenkassenprämien nicht mehr als 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens ausmachen sollen.

Der Grosse Rat hat in der Januarsession, gegen den Willen der SP, eine Revision des Einführungsgesetzes über die Kranken-, Unfall- und Militärversicherung (EG KUMV) durchgeboxt. Bereits früher beschlossene Kürzungen bei den Prämienverbilligungen wurden noch stärker verankert. Das bisherige Leistungsziel, welches festlegte, dass 25 bis 45 Prozent der Kantonsbevölkerung Prämienverbilligung erhalten, wurde beseitigt. Zehntausende verloren bereits ihren Anspruch auf Prämienverbilligung, 4000 weitere werden folgen, falls die neuste Gesetzesänderung der Bürgerlichen umgesetzt wird.

## Zuerst das Referendum ...

Die SP akzeptiert diesen Sozialabbau nicht! Seit der Spardebatte Ende letzten Jahres haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons verbessert. Auch steht uns ein unerwarteter Geldsegen der Nationalbank bevor. Wann, wenn nicht jetzt, ist es Zeit, unsoziale Sparentscheide des Parlamentes rückgängig zu machen? Wollen wir, dass immer mehr Familien in prekäre finanzielle Verhältnisse geraten?

Es ist auch stossend, dass die Bundesgelder für die Prämienverbilligungen ganz selbstverständlich angenommen und verteilt werden, man sich kantonsseitig aber immer mehr aus der sozialen Verantwortung gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern zurückzieht und den Kantonsanteil nach Belieben

kürzt. Zwischen den Leistungen, die der Bund ausrichtet, und denjenigen des Kantons besteht ein massives Missverhältnis (ein Drittel Kanton, zwei Drittel Bund).

## ... danach die Initiative

Leider hätten wir aber mit einem gewonnenen Referendum nur einen Teilsieg erreicht. Die Folge wäre, dass zwar das Leistungsziel im Gesetz bestehen bleibt, aber die Kürzungen nicht rückgängig gemacht werden. Anders gesagt: Weniger Geld wird auf gleich viele Personen verteilt und der einzelne Haushalt erhält weniger. Deshalb mussten wir gemeinsam mit den Grünen, dem Gewerkschaftsbund, AvenirSocial, dem Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen KABBA, der Kritischen Sozialarbeit KRISO Bern und weiteren Organisationen so rasch als möglich auch eine Initiative lancieren. Diese fordert die bisherigen Verbilligungsbeiträge beizubehalten und ins Gesetz zu schreiben. Ist die Initiative einmal eingereicht, besteht die Möglichkeit, einen Gegenvorschlag zu entwickeln, der das bisherige System vielleicht sogar noch verbessert und allfällige Fehlanreize eliminiert. Denn gewisse Kritikpunkte an der aktuellen Ausgestaltung der Prämienverbilligung sind durchaus ernst zu nehmen und kommen auch aus unseren Kreisen.

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern hat das Referendum beschlossen, da die dreimonatige Sammelfrist bereits läuft. Über die Initiative befindet der Parteitag vom 4. März. Das Komitee bittet alle Sektionen, sich an beiden Unterschriftensammlungen rege zu beteiligen, um diesem äusserst wichtigen sozialpolitischen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.

Infos und Unterschriftenbögen:

Mihalyi Szabolcs, szabolcs.mihalyi@spbe.ch, 031 370 07 87  
oder [www.praemienverbilligung.be](http://www.praemienverbilligung.be)

DIE SP IN DER REGION

# Susanne Zybach – unsere Vertretung am Regionalgericht

FÜR JEDE DER VIER GERICHTSREGIONEN DES KANTONS BERN BESTEHT EIN REGIONALGERICHT. DIE POLITISCHEN PARTEIEN BESETZEN RICHTERSTELLEN NACH EINEM AUSGEHANDELTEM PROPORZIONALEN ANSPRUCH.

Susanne, du bist 2010 vom Grossen Rat auf Vorschlag der SP als Laienrichterin gewählt worden. Du wohnst in der Region Bern-Mittelland, bist aber als Laienrichterin am Regionalgericht Berner Jura-Seeland, Biel tätig. Weshalb in Biel? Die regionale Zuteilung der LaienrichterInnen obliegt dem Obergericht; dieses sorgt dafür, dass in allen vier Regionen die nötigen Leute zur Verfügung stehen. Ich hatte bei der Bewerbung angegeben, dass es mir keine Rolle spiele, welchem Gerichtskreis ich zugeteilt werde.

## Was tust du als Laienrichterin genau?

Ich werde am Regionalgericht ausschliesslich in strafrechtlichen Fällen als Laienrichterin eingesetzt. Dabei geht es stets um grössere Fälle. Viele betreffen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittel- oder das Ausländergesetz, aber wir beurteilen oft auch Delikte wie Diebstahl, Raub, Hehlerei, Menschenhandel, Körperverletzung, Nötigung, Vergewaltigung, Tötung.

Die Tätigkeit als Laienrichterin ermöglicht es mir, dem streng reglementierten Ablauf einer Gerichtsverhandlung beizuwohnen. Hier wird man mit den unterschiedlichsten Schicksalen konfrontiert.

Einige Monate vor der Hauptverhandlung werden wir jeweils per E-Mail angefragt, ob wir dabei sein können. Anschliessend erfolgt das Aktenstudium in Biel. Der Prozess kann einen oder mehrere Tage dauern; wir LaienrichterInnen sind dabei selbstverständlich die ganze Zeit anwesend. Ein interessanter Punkt ist die Urteilsfindung. Zusammen mit der Gerichtspräsidentin oder dem Gerichtspräsidenten besprechen wir den Fall und fällen anschliessend das Urteil. Dabei haben wir eine gleichwertige Stimme, wie das Präsidium. Es ist uns stets bewusst, dass wir dem Volk, aber auch den Beschuldigten gegenüber eine grosse Verantwortung tragen. Das Urteil kann für die Beschuldigten einschneidende Konsequenzen haben. Es kann aber – z. B. im Fall einer Massnahme (Therapie, Suchtbehandlung) – auch eine Chance bedeuten.

## Wie oft kommst du als Laienrichterin zum Einsatz und welchen Aufwand erfordert das?

Es ist unterschiedlich und hängt davon ab, wie viele Tage die Prozesse jeweils dauern und wie ich es neben dem Beruf richten kann. Letztes Jahr kam ich bei sechs Fällen zum Einsatz. Auch der Zeitaufwand ist ganz unterschiedlich. Es gibt Fälle, da umfasst das Aktenstudium nur drei Ord-

ner – bei meinem bisher grössten Fall hatte ich jedoch 29 Bundesordner durchzuackern. Und auch die Prozesse selbst können wenige Stunden oder auch 10 Tage dauern (wie mein längster Fall).

## Gibt es auch eine psychische Belastung?

Vergewaltigungen, Menschenhandel und Ähnliches belasten natürlich schon.

**Ich finde es gut, dass die Stimme des Volkes Eingang in die Rechtsprechung findet.**

## Hat das System des Einsatzes von LaienrichterInnen an den Regionalgerichten eine Zukunft?

Grundsätzlich finde ich es gut, dass die Stimme des Volkes Eingang in die Rechtsprechung findet; gerade im Bereich des Strafrechts.

## Wie beurteilst du den Sinn der Verteilung von Richterämtern auf politische Parteien und damit auf verschiedene weltanschauliche Wertmassstäbe? Hat das eine Wirkung auf die Gerichtsurteile?

Dieser Verteilschlüssel macht meines Erachtens grundsätzlich Sinn. Denn dadurch wird ein Austausch weltanschaulicher Ansichten ermöglicht. Aber es wäre mir noch nie aufgefallen, dass Parteizugehörigkeiten spürbare Auswirkungen auf ein Gerichtsurteil gehabt hätten.

## Hast du gute Kontakte zu andern LaienrichterInnen? Wie sind die Beziehungen zu den GerichtspräsidentInnen, den Profis?

Unter den anderen LaienrichterInnen treffe ich Menschen aus den verschiedensten Berufen an. Diesen Austausch schätze ich sehr. Auch mit den Profis pflege ich einen freundschaftlichen Kontakt. So gehen wir beispielsweise an Verhandlungstagen am Mittag zusammen essen.

## Was könnte die SP dir bezüglich Unterstützung in deinem Amt bieten? Vermisst du etwas?

Von Seiten der SP vermisse ich nichts. Ich wünschte mir höchstens ganz allgemein, dass wir LaienrichterInnen besser eingeführt und uns mehr Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten würden.



Susanne Zybach, Laienrichterin am Regionalgericht Berner Jura-Seeland, Biel  
Interview: Hans-Jörg Rhyh

## AUFGABEN DER REGIONALGERICHTE

Die Regionalgerichte und regionalen Schlichtungsbehörden beurteilen erstinstanzlich alle Fälle aus dem **Zivilrecht**, wie z. B. Streitigkeiten aus Verträgen, familien- und erbrechtliche Angelegenheiten (OR, ZGB) sowie Auseinandersetzungen auf dem Gebiet des Schuldbetreibungs- und Konkursrechtes.

Im **Strafrecht** urteilt das Regionalgericht erstinstanzlich als Einzelgericht (nur Gerichtspräsident/in), wenn von der Staatsanwaltschaft eine Sanktion von maximal zwei Jahren Freiheitsstrafe beantragt wird. Es urteilt als Kollegialgericht in Fünferbesetzung (vier Laien, ein Profi), wenn die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren oder eine Verwahrung beantragt. In den restlichen Fällen urteilt es als Kollegialgericht in Dreierbesetzung (zwei Laien, ein Profi). LaienrichterInnen kommen ausschliesslich in strafrechtlichen Fällen zum Einsatz.

LINKS SO

ABSTIMMUNGEN

# Jetzt isch gnue Heu dunge!

## An die Urne gehen und Nein stimmen

Am kommenden Sonntag entscheidet die Solothurner Stimmbevölkerung: Sollen die Prämienverbilligungsgelder für Familien des unteren Mittelstandes massiv gekürzt werden, soll zusammengestrichen werden, was es noch zu streichen gibt? Nein, nein und nochmals nein! Es kann doch nicht sein, dass jene Menschen, die schon jetzt die grössten Lasten tragen, die komplett verfehlte Politik der bürgerlichen Parteien ausbaden müssen. Die gegen die Stimmen der SP beschlossenen übermässigen Entlastungen bei den Reichsten (Vermögenssteuern) haben dem Kanton ausser Steuerausfällen nichts gebracht, dies zeigen aktuelle Zahlen auf. Insofern ist das Vorhaben der ach so gescheiten bürgerlichen Finanzpolitiker kläglich misslungen. Jetzt isch gnue Heu dunge! Die SP ist die einzige grosse Partei, die sich für eine faire Verteilung einsetzt, Punkt! Die sogenannte christliche Familienpartei hat sich davon längst verabschiedet. Sie fordert weitere Entlastungen für die Reichen und zusätzliche Belastungen für den Mittelstand. Einerseits plädiert die CVP mit ihrer Familieninitiative für einen kantonalen Steuerausfall

**NEIN** zur Kürzung der Prämienverbilligung am 8. März



von 26 Millionen Franken für Kanton und Gemeinden und andererseits sollen sich die Familien mit der Streichung von 7 Millionen Franken Prämienverbilligungsgelder an der Sanierung der Kantonsfinanzen beteiligen. Das ist paradox.

## Fünf Gründe für ein Ja zur Variante 2

Mit dem neuen Arbeits- und Wirtschafts-gesetz sollen gleichzeitig die Ladenöffnungszeiten massiv liberalisiert werden. Ebenfalls ein bürgerliches «Kunstwerk». Dagegen hat sich die SP massiv gewehrt und empfiehlt die Variante 2 anzunehmen, und zwar darum: 1. Bei täglichen Öffnungszeiten bis 20 Uhr wird nicht mehr konsumiert, denn jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden. 2. Der Druck auf das Verkaufspersonal wird zunehmen, denn die Umsätze werden nicht steigen – und auch die Löhne nicht, im Gegenteil. 3. Das Familienleben wird leiden, denn es müssten ja Menschen im Geschäft stehen und auf Kundschaft warten. 4. Das Lädelerben wird damit noch gefördert, denn wer kann schon mit den Grossverteilern mithalten? und 5. wird das Vereinsleben darunter leiden, denn wer geht denn schon nach Arbeitsschluss um ca. 20.30 Uhr noch an einen Vereinsanlass. Dies sind genug Gründe den Trend zu einer 24-Stunden-Konsumgesellschaft zu stoppen und die Variante 2 anzunehmen.

Niklaus Wepfer, Parteisekretär

Abstimmung vom 8. März  
Wirtschafts- und Arbeitsgesetz

Variante 2  
Fürs Verkaufspersonal

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 8. März 2015

Variante 1: a) Wollen Sie das Wirtschafts- und Arbeitsgesetz mit erweiterten Ladenöffnungszeiten von Montag bis Freitag annehmen?	Antwort <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Variante 2: b) Wollen Sie das Wirtschafts- und Arbeitsgesetz mit den bisherigen Ladenöffnungszeiten von Montag bis Freitag annehmen?	Antwort <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
Stichfrage: c) Welche Variante soll in Kraft treten, wenn beide Varianten angenommen werden?	Antwort Gewähltes ankreuzen <input type="checkbox"/> Var. 1 <input checked="" type="checkbox"/> Var. 2

Gbs | SO  
Gewerkschaftsbund  
Kanton Solothurn

SP  
Kanton Solothurn

# Kein Nestlé-Wasser für Milano

**NUR DANK DEM WIDERSTAND DER SP KONNTE VERHINDERT WERDEN, DASS DIE SCHWEIZ AN DER EXPO 2015 IN MAILAND – THEMA: ERNÄHRUNG, NACHHALTIGKEIT UND RESSOURCENVERTEILUNG – WASSERFLASCHEN VON NESTLÉ VERTEILT.**

Am 1. Mai wird in Mailand die Weltausstellung eröffnet. Für den Schweizer Pavillon hat das Parlament rund 23 Millionen Franken genehmigt, ein Teil davon soll in Form von Sponsorengeldern wieder eingespielt werden. Herz der Schweizer Ausstellung sind vier mit Lebensmitteln gefüllte Türme. Das Projekt soll die Werte Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit vermitteln. Zwei der vier Türme werden von Nestlé bespielt, der eine mit Kaffee, der andere mit Wasser.

## Erfolg der SP gegen Nestlé

Für Nestlé bedeuten diese Türme eine riesige Werbeplattform. Der Konzern ist aber bezüglich seiner Wasserpolitik alles andere als vorbildlich. Das Trinkwasser ist zum Businessmodell geworden. Unter anderem in Südafrika nennt Nestlé sein abgefülltes Trinkwasser «Pure Life». Doch viele Menschen dort können sich dieses «Naturreine Leben» nicht leisten, obschon es sich bei dem von Nestlé vermarkteten Wasser um ihr eigenes handelt. Ihnen bleibt oft nur verschmutztes, krank machendes Wasser.

Der für die Expo 2015 geplante Nestlé-Wasserturm löste deshalb bei der SP massive Kritik aus, und der hartnäckige Widerstand zeigte Wirkung: Die für den Schweizer Auftritt verantwortliche «Präsenz Schweiz» beschloss, statt Flaschenwasser von Nestlé Leitungswasser im Becher auszuschenken, lokales Grundwasser also. Damit wird eine ganz andere Botschaft ausgesendet, die auch für Verteilungsgerechtigkeit steht: Trinkwasser als öffentliches Gut, sauber und umweltfreundlich und tausend Mal weniger energieintensiv als Flaschenwasser.

## Tisa begünstigt Privatisierungen

Nestlé steht wegen seiner Wasserpolitik in der Kritik. Der Konzern kauft auf der ganzen Welt Wasserrechte. Die Kommerzialisierung und Privatisierung von Trinkwasser ist gewinnorientiert und erschwert vielen Menschen den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Das Dienstleistungsabkommen Tisa (Trade in Services Agreement), das zurzeit ausgehandelt wird, will Konzernen wie Nestlé in Zukunft ein noch leichteres Spiel ermöglichen. Die Strategie dieses Abkommens ist einfach: deregulieren und liberalisieren. Private Firmen sollen Zugang zu den Dienstleistungsmärkten der fünfzig beteiligten Länder erhalten. Für arme Länder läutet dieses Abkommen eine neue Ära der Kolonialisierung ein. Die von Nestlé erworbenen Trinkwasserrechte bleiben in dessen Händen. Die Bevölkerung ist dem Konzern ausgeliefert. Noch ist das Abkommen nicht unterzeichnet. Die Mächtigen werden aber alles daransetzen, dass es so weit kommt (mehr zum Tisa-Abkommen und zur Online-Petition unter [www.stop-tisa.ch](http://www.stop-tisa.ch)).

Mit dem Entscheid, an der Expo 2015 den Thementurm Wasser mit Leitungswasser statt Nestlé-Flaschen zu füllen, hat Präsenz Schweiz noch rechtzeitig eine Kurskorrektur vorgenommen und damit einen Imageschaden für die Schweiz verhindert. Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein UNO-Menschenrecht. Es ist auch an uns, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Wasserversorgung in die öffentliche Hand gehört. Die SP will deshalb auch die vorbildliche Trinkwasserversorgung der Schweiz wieder vermehrt ins öffentliche Bewusstsein rufen.



Martina Munz,  
Nationalrätin SH

*Acqua di rubinetto pura*

## LEITUNGSWASSER ALS TRINKWASSER

Unser hochwertiges Leitungswasser soll wieder vermehrt als Trinkwasser angeboten werden. Leitungswasser ist umweltschonend und verbraucht bei der Aufbereitung tausend Mal weniger Energie als in Flaschen abgefülltes Mineralwasser.

Bitte deine Direktion/Geschäftsleitung/zuständige Fachstelle/Behörde zu prüfen, ob bei Veranstaltungen und für den internen Gebrauch nicht systematisch Leitungswasser als Trinkwasser angeboten werden kann.

Am 22. März ist Weltwassertag – ein guter Aufhänger, um an deinem Arbeitsplatz oder auf politischem Weg für unser Leitungswasser zu werben. Das Beispiel soll es dir erleichtern, in deinem Umfeld aktiv zu werden. Du findest es unter [www.spschweiz.ch/trinkwasser](http://www.spschweiz.ch/trinkwasser)



# Daten sammeln gegen Krebs

**JETZT KOMMT ES – ENDLICH: DAS NATIONALE KREBSREGISTER. ES HilFT DABEI, KREBSERKRANKUNGEN BESSER ZU VERSTEHEN UND ERFOLGREICHER ZU BEKÄMPFEN.**



Bea Heim, Nationalrätin SO

Den Wert eines Registers, das alle Krebserkrankungen in der Bevölkerung erfasst, hat man früh erkannt. 1926 schon in Deutschland, 1940 in den USA und 1970 in Genf als erstem Schweizer Kanton. Dennoch brauchte es unzählige Aktionen, Berichte und politische Interventionen in den Kantonsparlamenten und beim Bund bis zum jetzt vorliegenden konkreten Projekt.

**Nationale Qualitätsstrategie**

Obwohl Krebs die zweithäufigste Todesursache ist und durch diese vielgestaltige Krankheit am meisten Lebensjahre verloren gehen, gibt es noch immer keine schweizweit einheitliche und flächendeckende Erfassung der Erkrankungen. Das habe ich nie verstanden. Denn je mehr die Medizin weiss, desto gezielter kann sie behandeln. Je mehr die Politik weiss, umso mehr kann sie für die Krebsbekämpfung tun. Das Projekt «Krebsregistrierungsgesetz» regelt nun die flächendeckende, vollzählige und vollständige Erfassung aller Krebserkrankungen in der Schweiz. Mehr noch: Es sichert erstens die Existenz des nationalen Kinderkrebsregisters für die Zukunft und trägt damit den besonderen Aspekten der Erkrankungen im Kindesal-

ter Rechnung. Zweitens ermöglicht die gesetzliche Verankerung des Krebsregisters als Qualitätsregister es, Datengrundlagen zu schaffen: über die ganze Behandlungsdauer und Behandlungskette, für die Versorgungs- und Diagnosequalität sowie für die Beurteilung der Wirksamkeit verschiedener Therapieansätze. Solche Daten sind absolut zentral für das, was dringend nötig ist: eine wissenschaftliche Gesundheitspolitik. Das geplante Nationale Qualitäts-Krebsregister wird damit zu einem wichtigen Element der bundesrätlichen «Nationalen Qualitätsstrategie im Schweizerischen Gesundheitswesen» beim Bund und in den Kantonen. Davon profitieren vor allem die Patientinnen und Patienten.

**Ärztenschaft und Kantone skeptisch**

Alles auf guten Wegen, könnte man also meinen. Doch noch immer gilt es ein paar Stolpersteine aus dem Weg zu räumen und Widerstände zu überwinden. So befürchtet die Ärzteschaft einen Mehraufwand für das Erfassen der Daten, den ihnen niemand vergüten will. Äusserst kritisch beurteilt sie die Erwartung, dass in absehbarer Zeit in allen Praxen und Kliniken die nötigen Infor-

matiksysteme vorhanden sind, was in unserem Informatikzeitalter doch einermassen erstaunt.

Die Kantone wiederum stossen sich daran, dass sie neu vollumfänglich für die Kosten der kantonalen Krebsregister aufkommen sollen. Der Wegfall des Bundesbeitrags, der bisher bis zu einem Drittel des Registerbudgets ausmachte, würde einige Krebsregister vor finanzielle Probleme stellen. Hier muss dringend eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden werden. Jahrelang haben verschiedene Kantone die Realisierung von Krebsregistern verhindert. Wertvolle Zeit wurde damit vertan. So darf es nicht weitergehen. Wenn der Bund mehr zahlt, kann er auch mehr steuern. Die Fortschritte in der Krebsbekämpfung, die das nationale Krebsregister möglich macht, wiegen die geringe Mehrbelastung des Bundeshaushaltes längstens auf. Nur jetzt nicht «schmürzele», denn diese Chance auf neue Erkenntnisse und eine Verbesserung der Qualität, auf weitere Erfolge in der Behandlung von Krebserkrankungen gilt es zu nutzen. Wir brauchen dieses Krebsregistergesetz! Es kann aber nur dann eine Erfolgsgeschichte werden, wenn alle politischen Kräfte am selben Strick ziehen.

# Wirb ein Mitglied!

Kürzlich in der Beiz, in der wir regelmässig zu Mittag essen: Beim Abräumen fragt der Kellner, wer wir eigentlich seien und wo wir arbeiteten. Beim Stichwort «SP» sagt er: «Finde ich gut!». Beim nächsten Mittagessen drücke ich ihm unsere Beitrittskarte in die Hand – inzwischen ist er Mitglied.

Natürlich gehts nicht jedes Mal so schnell. Trotzdem ist Mitgliederwerbung manchmal verblüffend einfach. Man muss einfach dran denken. Ich bin überzeugt: Wenn all unsere 30000 Mitglieder beim Geschäftsessen, im Hockeyclub, bei der Hochzeit ihres besten Freundes, beim Fyrabebier, in der Badi, beim Kochkurs, beim Anstehen an der Migros-Kasse oder auf dem Spielplatz daran denken würden, den jeweiligen Gesprächspartner zu fragen, ob er/sie sich schon mal überlegt hat, SP-Mitglied zu werden, hätten wir viel mehr Mitglieder. Mitgliederwerbung funktioniert nur über den persönlichen Kontakt. Mitgliederwerbung können wir nicht von der SP-Zentrale aus machen. Dafür braucht es zwingend euch: die Mitglieder.

Seit der Gründung 1888 sind die Mitglieder unsere Basis. Die SP wäre nichts ohne sie. Ohne Mitglieder,

die auf der Strasse für ihre Rechte gekämpft haben, gäbe es in der Schweiz keine Gesamtarbeitsverträge, keine AHV, kein Frauenstimmrecht. Nur die Mitglieder machen es möglich, dass sich unsere Parlamentarierinnen, Gemeinde- und Bundesräte täglich für eine gerechte, offene und solidarische Schweiz einsetzen können.

## Die Mitglieder sind die SP

Das Vorhandensein der Basis ist jedoch nicht selbstverständlich und an dieser Basis müssen wir arbeiten. In den letzten 20 Jahren hat die SP fast 6000 Mitglieder verloren, das sind rund 16 Prozent des Bestandes. Dass die SP Schweiz dabei einem allgemeinen Trend folgt und es allen etablierten Parteien aufgrund der zunehmenden Überalterung gleich oder ähnlich geht, ist kein Trost. Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden wir die Parteilarbeit auf Ebene der SP Schweiz, aber auch in den Kantonen bald nicht mehr finanzieren können. Wir werden aber auch keine Kampagnen mehr machen können, denn unsere Kampagnen funktionieren mit wenig Geld und viel Engagement – nur mit und dank unseren Mitgliedern.

Und nicht zuletzt brauchen wir die Verankerung in der Basis, um Partei- und Richtungsentscheide breit abstützen und legitimieren zu können. Wir wollen keine Partei sein mit einer schmalen Elite von Parteipraktischen. Wir sind eine Partei, in der die Mitglieder etwas zu sagen haben.

## Einfach und wichtig

Damit das so bleibt, möchte ich euch deshalb um etwas eigentlich ganz Einfaches, aber umso Wichtigeres bitten: Werbt ein Mitglied. Ihr habt Ende Februar per Post eine Karte erhalten, mit der das ganz einfach geht. Weitere Karten können unter [info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch) bestellt werden.

Wir sind  
eine Partei,  
in der die  
Mitglieder  
etwas  
zu sagen  
haben.



Eine weitere Werbemöglichkeit besteht darin, eurer Mail-Signatur ein Mitgliederwerbeposter anzuhängen:

[www.spschweiz.ch/mailsignatur](http://www.spschweiz.ch/mailsignatur)

Herzlichen Dank!

Leyla Gül, Co-Generalsekretärin





Wer umweltbewusst wohnen will wie ich, für den gibt's nur eins: den Hausverein Schweiz!

Thomas Hardegger, Nationalrat SP



Die Alternative zum Hauseigentümergeverband.

[www.hausverein.ch](http://www.hausverein.ch)



**Hausverein**  
SCHWEIZ

Für umweltbewusste und faire EigentümerInnen  
Tel. 031 311 50 55



notieren!



# Damit es nach SP aussieht

Pünktlich aufs Wahljahr hin haben wir das grafische Erscheinungsbild der SP aktualisiert und leicht aufgefrischt. Das neue Manual hält das Wichtigste in übersichtlicher Form fest.

Das 2009 eingeführte «Corporate Design» hat sich bewährt und ist gut etabliert. Deshalb haben wir das Rad nicht neu erfunden: Schriften, Farben und der liebgewonnene «Kanister» als Logo bleiben. Wir haben uns darauf beschränkt, das Erscheinungsbild aufgrund der gemachten Erfahrungen sorgfältig und punktuell zu optimieren. Immer im Fokus:

die Praxistauglichkeit und die Flexibilität in der Anwendung. Man soll nicht Profi-Grafikerin sein müssen, um einen Flyer im SP-Look gestalten zu können.

Neu sind unter anderem die Richtlinien zur Verwendung des Slogans «Für alle statt für wenige». 2011 als Wahlkampflosung lanciert, ist er zu einem wahren Selbstläufer geworden. Kein Wunder, entstand nach und nach das Bedürfnis, diesen über die Wahlen 2011 hinaus zu einem Bestandteil unseres Auftritts zu machen. Mit der Überarbeitung wird ihm dieser Platz zugestanden.

**Das Manual steht auch Sektionen und Kandidierenden zur Verfügung. Ihr könnt das Manual als PDF sowie einen Zip-Ordner mit Schriften, Logos und Vorlagen mit einem Mail an [ci@spschweiz.ch](mailto:ci@spschweiz.ch) anfordern.**

Gleiches gilt für die Parteifarbe Rot, der im neuen Manual eine prominentere Rolle zukommt.

Ein Erscheinungsbild ist einem ständigen Wandel unterworfen – erst recht in einer föderalistisch aufgebauten und durch viel Kreativität und ehrenamtliche Arbeit geprägten Organisation, wie die SP eine ist. Mit der Überarbeitung haben wir die über die Jahre stattgefundenen und unterschiedlich umgesetzten Änderungen dokumentiert und festgehalten.

Stefan Krattiger, Leiter Kampagnen & Projekte



## Jugendarbeitslosigkeit muss verschwinden.

Mit verschiedensten Angeboten schaffen wir Perspektiven für Junge, die noch nicht oder nicht mehr in den Arbeitsprozess integriert sind. Danke, dass Sie uns dabei unterstützen.

[www.sah-schweiz.ch](http://www.sah-schweiz.ch)  
PC-Konto 30-241785-6





**Marianne de Mestral, 78,  
SP Männedorf ZH**

*Aufgezeichnet von Andrea Bauer*

«Während eines Aufenthalts in den USA von 1957 bis 1965 erlebte ich zum ersten Mal Frauen, die politisch aktiv waren. Ich setzte mich auch stark mit der Schwarzen-Bewegung auseinander und fand heraus, dass eine Frau Auslöserin der Aufhebung der Rassentrennung war. Zurück in der Schweiz musste ich dann aber feststellen: Wir Frauen sind niemand. Nicht nur, was die politische Mitbestimmung betraf, sondern auch bezüglich des Eherechts. Für so etwas Selbstverständliches wie die Eröffnung eines eigenen Bankkontos hätte ich die Zustimmung meines Mannes gebraucht. Ich kam mir nicht nur diskriminiert vor, sondern auch eines selbstverständlichen Menschenrechts beraubt. Und das plagte mich. Nachdem 1971 endlich das Frauenstimmrecht eingeführt wurde, war mir klar: Mit dem Recht, abstimmen zu können, ist die Gleichberechtigung noch nicht erreicht. Wer A sagt, muss auch B sagen, und für mich hiess B: Jetzt trete ich in eine Partei ein. Dann tat ich etwas, was aus heutiger Sicht unglaublich erscheint: Ich liess mir die Programme sämtlicher Parteien zuschicken und las sie. Am Ende war klar: Es ist die SP. Ich habe mich schon immer stark mit Fragen der Gerechtigkeit auseinandergesetzt: Als eins von vielen Kindern in der Genossenschafts-Siedlung, in der ich aufgewachsen bin, oder später in den USA, wo ich einen Alttestament-Master gemacht habe. Ein Arbeitskollege nahm mich mit in die SP Männedorf. Die Freude beim Präsidenten über meine Mitgliedschaft war beschränkt. Er hätte mich gerne beim Einpacken von Couverts gesehen, ich aber wollte mitreden. So kam es im Vorstand zu grossen Machtkämpfen zwischen uns. Im entscheidenden Moment stellte sich der Vizepräsident jedoch hinter mich, das werde ich nie vergessen. 1974 lud mich ein VPOD-Sekretär zu

sich nach Hause ein und eröffnete mir, sie würden mich gerne für die Gemeinderatswahl aufstellen. Als ich abwehrte, sagte er: «Ich verstehe dich nicht. Du zerreisst dir bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit das Maul und schreist nach Gleichberechtigung und wenn man dir ein Gemeinderats-Mandat auf dem Silbertablett anbietet, willst du es nicht.» Mir blieb nichts anderes übrig als zuzusagen. So wurde ich die erste Frau im Gemeinderat. Ausser den Frauenthemen beschäftigten mich in meiner politischen Karriere vor allem Migrationsthemen. Auch wenn man mich bei meinen Nationalratskandidaturen jeweils warnte, dies sei meiner Wahlchancen nicht förderlich. Und doch kam ich einmal bis auf 83 Stimmen an einen Sitz heran. Nach 16 Jahren im Gemeinderat und 10 Jahren als Vizepräsidentin der SP Kanton Zürich brauchte ich eine Pause.

Zehn Jahre später holte mich ein Kollege in die Arbeitsgemeinschaft Alter der SP Kanton Zürich, in der ich heute noch aktiv bin. Dort wurde mir bald einmal klar: Eigentlich braucht es eine nationale Organisation. Ich habe so oft beobachtet, dass ältere Genossinnen und Genossen aus den Ämtern rausgehen und einfach verschwinden. Das ist schade. Wenn man in einem Amt ist, gibt die SP einem einen Rahmen, und der sollte nicht wegfallen, wenn man es abgibt. Er kann sich verändern, aber man sollte nicht in ein Vakuum fallen. Seit zwei Jahren gibt es nun die SP 60 plus, die ich zusammen mit Carlo Lepori präsidiere. Die mittlerweile 1200 Mitglieder zeigen, dass wir einem Bedürfnis entsprechen. Mein Anliegen ist es, andere Menschen meiner Altersgruppe zu motivieren, sich zu engagieren. Es wird viel über uns, aber ohne uns entschieden. Wir sollten mitreden.»

## **EIN FREISINNIGES SNICKERS**

Nachdem unsere Freunde von der FDP ordentlich Stutz aufgeworfen haben, um unsere Wahlplattform ganzseitig in die Sonntagspresse zu hieven, wollen wir uns revanchieren. Dass uns das ein echtes Anliegen ist, beweist schon allein die Tatsache, dass die Co-Generalsekretärin (siehe Seite 5) und ich ihm unabhängig voneinander nachkommen. Der FDP-Chef lässt uns wissen, dass ihm unser politisches Menü überhaupt nicht mundet. Müller, der Restauranttester, legt uns deshalb ans Herz, das Rezept zu überdenken oder das Küchenpersonal auszuwechseln. Grund genug, auch einen

Blick in den freisinnigen Kochtopf oder – wohl treffender – in die freisinnige Mikrowelle zu wagen.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde – so schimpft man sich nämlich in vertraulicher Runde beim Freisinn –, unlängst habt ihr die Webseite [www.anti-bürokratie.ch](http://www.anti-bürokratie.ch) aufgeschaltet. Nüchtern betrachtet ist es ein simples Webformular. Besoffen betrachtet auch, wobei dann die kleine Schrift unvorteilhaft auffällt. Jedenfalls kann man dort ganz unbürokratisch «Bürokratieprobleme» melden. Diese werden dann – so wird versprochen – umgehend angegangen. Im Parlament natürlich, ganz unbürokratisch. Volks-

STEFAN KRATTIGER

## **ROT STICH**

initiativen sind ja immer so schrecklich bürokratisch (ihr erinnert euch).

Fantastisch, jetzt seid ihr auf Augenhöhe mit den pubertierenden Wutbuben von der JSVP, bei denen kann man nämlich nach wie vor kommunistische Lehrer verpfeifen. Darauf haben Herr und Frau Schweizer gewartet. Was ist bloss aus euch, der ehemals staatstragenden Partei, geworden? Wir schlagen vor, dass ihr dringend darüber nachdenkt, wieder einen Koch anzustellen. Was ihr da aufischt, hat mit Kochen nämlich überhaupt nix zu tun. Das ist höchstens ein politisches Snickers. Wobei ein Snickers wenigstens Nüsse hat.

# MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

**Wie bin ich als ArbeitnehmerIn versichert?** D2.3.1505  
26.3.; Unia, Zürich  
System der sozialen Sicherung, Sozialversicherungszweige, Rechte als Arbeitnehmende.  
Referentin: Christine Goll (Movendo)

**Finanzkrisen, ihre Ursachen und unsere Antworten** D2.1.1507  
27.3.; Restaurant Aarhof, Olten  
Ursachen und Folgen der Finanz-, Schulden- und Eurokrise, gewerkschaftspolitische Antworten darauf. Referenten: Oliver Fahrni (Redaktor «work»), David Gallusser (SGB)

**Die Wirtschaft verstehen**  
D1.8.1505  
22.–23.4.; Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH  
Ökonomische Grundbegriffe und Zusammenhänge, bezahlte und

unbezahlte Arbeit, Rezepte der Gewerkschaften für eine gerechtere Wirtschaft. ReferentInnen: David Gallusser (SGB), Daniel Lampart (SGB), Danièle Lenzin (Unia)

**Welche Perspektiven für den Service public?** D1.8.1506  
24.4.; vpod-Zentralsekretariat, Zürich  
Gewerkschaftliche Positionen zur Zukunft des Service public. Referentinnen: Dore Heim (SGB), Annette Hug (vpod)

**Was, wenn die Rente nicht zum Leben reicht?** D2.3.1504  
27.4.; vpod-Zentralsekretariat, Zürich  
System der Ergänzungsleistungen zu AHV und IV (1. Säule), Funktionsweise, Anleitung zur Berechnung des Anspruchs. Referentin: Christine Goll (Movendo)

Die Anmeldung erfolgt online [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), per Mail [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch), Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031 370 00 71  
Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung pro Jahr werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 230 statt 390 Franken bzw. 300 statt 450 Franken pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, [simon.roth@spschweiz.ch](mailto:simon.roth@spschweiz.ch)) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

**7. MÄRZ**  
Lohngleichheit jetzt!  
Nationale Demo  
Bern

**8. MÄRZ**  
eidgenössische Abstimmungen

**20. MÄRZ**  
Mitgliederversammlung  
SP Frauen

**21. MÄRZ**  
Mitgliederkonferenz SP 60+

**24. APRIL**  
Koordinationskonferenz  
Bern

**25. APRIL**  
Delegiertenversammlung  
Bern

**14. JUNI**  
eidgenössische Abstimmungen

**3. JULI**  
Koordinationskonferenz  
Deutschschweiz

**6–8. AUGUST**  
Sommeruni in Chandolin

**12. SEPTEMBER**  
nationale Wahlveranstaltung  
der SP Schweiz

**18. OKTOBER**  
nationale Wahlen

**4. DEZEMBER**  
Koordinationskonferenz

**5. DEZEMBER**  
Delegiertenversammlung



Zahlreiche Genossinnen und Genossen folgten am Parteitag dem Aufruf von Co-Generalsekretärin Flavia Wasserfallen via Handy Zeit zu spenden. Innerhalb weniger Minuten kamen so rund 2000 Stunden Freiwilligenarbeit zusammen, das entspricht der Arbeitszeit eines ganzen Jahres.

**SAVE THE DATE!**

**Tagung, Freitag, 26. Juni 2015, Biel**

# WIRTSCHAFT MIT ZUKUNFT

**Was heisst es, verantwortungsbewusst, ethisch und nachhaltig zu wirtschaften? Welche Bedeutung kommt der Partizipation von Mitarbeitenden und anderen Stakeholdern dabei zu? Und wo wird diese zukunftsfähige Wirtschaft schon heute modellhaft und erfolgreich praktiziert und gelebt? Zu diesen Fragen findet am Freitag, 26. Juni 2015, von 9:30 bis 17:00 Uhr im Kongresszentrum Biel eine Tagung statt.**

## **Es erwarten Sie ...**

- ... spannende Referate und Diskussionen zur Sozialen und Solidarischen Ökonomie in Québec, Frankreich und der Schweiz.
- ... praxisorientierte Workshops, die sich den Bereichen KMU-Wirtschaft, genossenschaftliche Grossunternehmen sowie Banking und Finance annehmen.
- ... Möglichkeiten zur schweizweiten Vernetzung und zur Präsentation Ihrer Organisation (Informationsstände).

## **Die Tagung richtet sich an ...**

- ... fortschrittliche UnternehmerInnen, die ein verantwortliches, solidarisches und demokratisches Unternehmertum repräsentieren.
- ... WissenschaftlerInnen und StudentInnen, die die Herausforderungen und Chancen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise erforschen.
- ... PolitikerInnen, die die Rahmenbedingungen für eine Wirtschaft mit Zukunft gestalten.
- ... alle, die sich für eine nachhaltige Wirtschaft im Dienste der Menschen interessieren und engagieren.

## **Kontaktadresse:**

Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Zentralsekretariat,  
Spitalgasse 34, Postfach, 3001 Bern  
Ansprechperson: Pascal Zwicky  
Email: [events@spschweiz.ch](mailto:events@spschweiz.ch)

[www.wirtschaftmitzukunft.ch](http://www.wirtschaftmitzukunft.ch)

Eine Veranstaltung der SP Schweiz 

Mitveranstalter und Unterstützer:

**Reservieren Sie  
sich den 26. Juni 2015  
und freuen Sie sich auf  
anregende, spannende und  
wertvolle Vorträge  
und Gespräche.**